Bericht über die Sitzung des Marktgemeinderates Mitterfels vom 21. November 2019

Bauleitplanverfahren MI mit Lebensmittelmarkt an der Aschaer Straße

Erster Bürgermeister Stenzel konnte zu diesem Tagesordnungspunkt den mit der Planung beauftragten Architekten begrüßen. Im Marktgemeinderat wurden die im Rahmen der vorzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen sowie die dazu korrespondierenden Abwägungsvorschläge thematisiert. Durch den Investor ist die Erweiterung der Verkaufsfläche sowie eine Ausweitung der Lagerfläche vorgesehen. Der Marktgemeinderat beschloss, der vorgeschlagenen Abwägung zu folgen. Die Geschäftsstelle der VG Mitterfels wurde beauftragt, das weitere Verfahren in Form der öffentlichen Auslegung vorzunehmen.

Feststellung und Entlastung zur Jahresrechnung 2018

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung hat stattgefunden. Prüfungsfeststellungen wurden dabei nicht vorgebracht. Der Marktgemeinderat wurde davon unterrichtet, dass der Verwaltungshaushalt mit einem Volumen von 5.842.789,00 € und der Vermögenshaushalt mit einem Volumen von 4.116.884,00 € abgeschlossen werden konnte. Dadurch wurde eine Zuführung zum Vermögenshaushalt von 1.699.334,00 € ermöglicht. Der Markgemeinderat beschloss, die Jahresrechnung mit den vorgetragenen Ergebnissen festzustellen. Die Entlastung zur Jahresrechnung wurde erteilt.

Bestellung der gemeindlichen Wahlleitung zur Kommunalwahl 2020

Der Marktgemeinderat beschloss hierbei, Herrn Irlbeck Reinhard zum Wahlleiter für die Kommunalwahl 2020 zu bestellen. Als stellvertretende Wahlleitung fungiert Frau Angelina Koch. Der Wahlleiter hat die Aufgabe die eingebrachten Wahlvorschläge zu prüfen und das Ergebnis der Kommunalwahlen bekanntzugeben.

Erlass einer Satzung über die Rechtsstellung des Ersten Bürgermeisters

Der Marktgemeinderat wurde über die Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht unterrichtet, wonach eine Anpassung der beschlossenen Rechtsstellungssatzung an die Mustersatzung überlegenswert wäre. Der Marktgemeinderat beschloss, die bestehende Rechtsstellungssatzung aufzuheben. Anschließend wurde die Rechtsstellungssatzung, wonach der künftige Bürgermeister berufsmäßig sein soll, neu beschlossen.

Beschluss über Besetzung des Verwaltungsrats im Kommunalunternehmen

Die einzelnen Fraktionen machten Vorschläge über die Besetzung im Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens. Die Vorschläge und die jeweils als Stellvertreter fungierenden Marktgemeinderatsmitglieder wurden durch den Marktgemeinderat bestätigt. Über die konkrete Besetzung des Vorstandes wird im künftigen Verwaltungsrat entschieden. Die Zusammenarbeit mit einer Steuerkanzlei wurde thematisiert. Abschließend beschloss der Marktgemeinderat die dazu korrespondierende Unternehmenssatzung, in welcher die möglichen Tätigkeitsfelder und Aufgabenbereiche für das Kommunalunternehmen beschrieben sind.

Information und Verschiedenes

Hierzu nahm der Marktgemeinderat zunächst Kenntnis über die vorgenommene Bedarfsanalyse für die künftige Kinderbetreuung. Ein Überblick über das derzeitige Angebot an Plätzen und die entsprechende Nachfrage wurde gegeben.

Kenntnis nahm der Marktgemeinderat von den voraussichtlichen Beteiligungsbeträgen der Gemeinde an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer.

Das Umsetzungskonzept für den Vorfluter Kinsach wurde in einer Versammlung durch das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf vorgestellt. Für die Gemeinde selbst ergeben sich dabei kaum Berührungspunkte.

Der Marktgemeinderat thematisierte nochmals die stattgefundene Verkehrsschau und die Haltung der Polizeiinspektion Bogen im Bereich der Pröllerstraße. Der Marktgemeinderat sprach sich dafür aus, verschiedene Anregungen umzusetzen.

Erster Bürgermeister Stenzel informierte den Marktgemeinderat über weitere Themenbereiche der stattgefundenen Verbandssitzung im Wasserzweckverband Bogenbachtalgruppe. Auch die Ergebnisse der letzten ILE-Versammlung wurden vorgetragen.

Zwischenzeitlich hat durch die Marktgemeinderatsmitglieder eine Besichtigung der Wohnanlage in der Gemeinde Drachselsried für betreutes Wohnen stattgefunden. Dabei wird regelmäßig ein Betreuungsvertrag zwischen den Bewohnern und einem Anbieter abgeschlossen. Der Marktgemeinderat stellte fest, dass eine solche Wohnform auch für das Gelände an der Steinburger Straße vorstellbar wäre.

Nach der Behandlung von Bauanträgen und der Anerkennung der Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung schloss sich ein nichtöffentlicher Teil an.